



SEITE 2
Bändigung der Finanzmärkte
Gute Chancen für NPD-Verbot

SEITE 3
Bezahlbare Mieten
Steuergerechtigkeit



SEITE 4
Im Interview: Christine Lambrecht über den Beschäftigtendatenschutz

SEITE 5
Ein Gesetz für Arbeitgeber



SEITE 7
Zukunftsdialog im Netz und in den Regionen

50 Jahre Elysée-Vertrag

SEITE 8
Das neue Kindergeld

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 1/2013

Vorsicht Kamera!

Weniger Datenschutz, mehr Videoüberwachung: Mit einem Gesetz will Schwarz-Gelb die Möglichkeiten zur Überwachung von Beschäftigten ausweiten.

Ob bei der Telekom, den Handelsketten Lidl und Aldi Süd oder bei der Bahn – zahlreiche Datenskandale in Unternehmen haben in den letzten Jahren gezeigt, wie Arbeitgeber ihre Beschäftigten bespitzeln und ausforschen: heimliche Videoüberwachungen, Mitschneiden von Telefongesprächen sowie Kontrolle von E-Mail- und Internetnutzung am Arbeitsplatz.

Geht es nach der Bundesregierung, wären etliche dieser Skandale künftig nicht mehr skandalös – einfach weil viele der Praktiken legal wären. Denn der schwarz-gelbe Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz bringt vor allem eines: Freiraum für Arbeitgeber zur Überwachung ihrer Mitarbeiter.

„Der Entwurf schafft in Wahrheit ein Arbeitnehmer-Ausforschungsgesetz und schränkt die Rechte der Beschäftigten in unzumutbarer Weise ein“, kritisiert ver.di-Chef Frank Bsirske. Etliche betriebliche Datenskandale der vergangenen Jahre würden durch diesen Gesetzentwurf künftig legalisiert. Zwar wollen Union und FDP die heimliche Videoüberwachung am Arbeitsplatz verbieten. Gleichzeitig öffnen sie aber der offenen Videoüberwachung Tür und Tor. „Die offene Überwachung wird nach diesem Entwurf sogar noch ausgeweitet und soll präventiv und zeitlich unbegrenzt möglich sein. Das ist untragbar“, sagt SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht.

Ob zur Wahrnehmung des Hausrechts, zum Schutz des Eigentums, zur Qualitätskontrolle, zur Abwehr von Gefahren – fast immer ist die offene Videoüberwachung zulässig. Dabei heißt „offen“ nur: Der Arbeitgeber muss die Beschäftigten im Vorfeld darüber in-



Kameras dürften nach dem Willen von Schwarz-Gelb auch zukünftig die Beschäftigten in einem Unternehmen überwachen.

formieren, dass Kameras angebracht sind – nicht aber, wo sie sich befinden.

Datenerhebung bei Facebook

Zudem will die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf arbeitnehmerfeindliche Praktiken der Datenerhebung legalisieren. So soll die Sammlung öffentlich zugänglicher Daten, zum Beispiel aus sozialen Netzwerken wie Facebook, ohne Zustimmung des Arbeitnehmers oder Bewerbers möglich sein. Auch Screening, das Durchleuchten des Daten- und Mailverkehrs der Beschäftigten zur Korruptionsbekämpfung und zur Einhaltung von Unternehmens-Richtlinien will die Bundesregierung ermöglichen.

Kein Wunder, dass das Gesetz bei den Gewerkschaften auf wenig Gegenliebe stößt. „Wenn es tatsächlich zu einer Beschlussfassung dieses Gesetzentwur-

fes kommt, ist das ein Freibrief für massive Eingriffe in die Grundrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, sagt DGB-Chef Michael Sommer. Das Gesetz sei keine Verbesserung des Datenschutzes, sondern eine nicht hinnehmbare Verschlechterung und ein Anschlag auf die Arbeitnehmerrechte. Sommer kündigt Widerstand an: „Das werden die Gewerkschaften nicht stillschweigend

hinnehmen.“ Einen ersten Erfolg konnten Gewerkschaften, SPD-Fraktion sowie die anderen Oppositionsfraktionen mit ihren Protesten bereits verzeichnen: Die Regierung hat die Abstimmung über den Gesetzentwurf im Bundestag vorerst vertagt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Koalition auf, ihn nunmehr endgültig dort hin zu befördern, wo er hingehört: in den Reißwolf. ■

Datenquellen für Arbeitgeber im Internet

Monatliche Besucher von sozialen Netzwerken in Deutschland (erfasst im August 2012):

- Facebook: 39,9 Mio.
- Xing: 5 Mio.
- Google+: 3,7 Mio.
- StayFriends: 3,3 Mio.
- wer-kennt-wen.de: 3,1 Mio.

QUELLE: MEEDIA/COMSCORE

Achtung Schwarz-Gelb!

Satte zehn Prozent hat die FDP bei den Landtagswahlen in Niedersachsen von den CDU-Wählern geschenkt bekommen. Für Gesundheitsminister Daniel Bahr ist allerdings klar, dass es dafür gar keiner Leihstimmen von der CDU bedurfte. Mit der FDP sei es nämlich wie mit McDonald's oder dem Dschungelcamp: Keiner gibt zu, dass er es mag, aber alle wollen es.

Wir meinen: Die FDP ist wie das Dschungelcamp ... danke Herr Bahr, wir hätten es nicht besser sagen können!

Angela Merkel spricht gerne davon, dass sie die erfolgreichste Bundesregierung aller Zeiten bzw. mindestens seit der Wiedervereinigung führt, nur der Wähler scheint das irgendwie nicht mitzubekommen. Denn schon seit längerem ist so gut wie jede Wahl für Schwarz-Gelb vor allem eines: eine Abwahl. Mittlerweile gibt es nur noch in drei von sechzehn Bundesländern eine schwarz-gelbe Regierung, was vor allem daran liegt, dass dort die Wahlen erst noch kommen.

Wir meinen: Wenn es so weiter geht, werden wir diese Rubrik wohl bald einstellen müssen.

Philipp Rösler und Rainer Brüderle sind nicht gerade beste Freunde. Noch kurz vor der Wahl in Niedersachsen hat Rainer Brüderle seinen Parteivorsitzenden infrage gestellt. Den Job selber machen wollte er aber dann doch nicht. Das Ergebnis: Die FDP geht mit ihrem Traumpaar Rösler/Brüderle in den Bundestagswahlkampf.

Wir meinen: Ein angeschlagener Parteichef und ein zaudernder Spitzenkandidat? Klingt nach einer guten Mischung!

Öffentliche Haushalte vor Finanzmärkten schützen!

Gemeinsam gegen die Finanzmärkte: die Fraktionen von SPD und Grünen fordern in einem Antrag das Ende der Staatshaftung.

Die Krise des Euroraums ist vor allem auf eine Krise der Banken und der Finanzmärkte zurückzuführen.

Der Finanzsektor hat Risiken ignoriert und übermäßig Kredite vergeben, die mit der Finanzkrise zu Kreditausfällen führten. Nachdem die Gewinne privatisiert waren, wurden die Verluste sozialisiert. „Die Folgen der Finanzkrise kosten mehr als Geld, sie kosten Vertrauen“, warnt Peer Steinbrück.

Das Problem: Die Finanzmarktkrise als Ursache der Staatsverschuldung kommt in der Analyse der Bundesregierung schlichtweg nicht vor. Zu lange habe die Regierung Merkel so getan, als ginge es bei der Euro-Krise im Wesentlichen nur um eine Verschuldungskrise einzelner Staaten, kritisiert Steinbrück. „Die Krise in Europa ist aber maßgeblich nicht auf eine Verschuldungskrise zurückzuführen, sondern sie ist in weiten Teilen nach wie vor eine Krise labiler Banken und ungezählter Finanzmärkte.“

Fest steht: Um die seit der Finanzmarktkrise verlorene Stabilität in Europa zurückzugewinnen, die Rezession zu überwinden und die Staatsverschuldung auf Dauer zu senken, müssen die Ursachen der Krise, nicht nur ihre Symptome bekämpft werden. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen von SPD und Grünen deshalb einen Ausstieg aus der Staatshaftung



Die Krise in Europa ist eine Krise labiler Banken und ungezählter Finanzmärkte.

für Bankenrisiken. Eine europäische Bankenaufsicht soll systemrelevante Banken kontrollieren und systemische Risiken bekämpfen. Es könne nicht sein, dass Banken ein Drohpotenzial besäßen, Staaten zu erpressen, frei nach dem Motto, scheitern wir, scheitert eure Volkswirtschaft, sagt Peer Steinbrück. Die Einführung europaweit harmonisierter Mindeststandards für Einlagensicherungssysteme und eines einheitlichen Sanierungs- und Abwicklungsregimes für Kreditinstitute sind wichtige Bedingungen, um die Staatshaftung für den Bankensektor zu beenden. Denn im Gegensatz zur Merkel-Regierung lehnt die SPD

dauerhafte Hilfen des Euro-Rettungsschirms ESM für Krisen-Banken in der Eurozone ab.

Ziel von Sozialdemokraten und Grünen ist es, Zahlungsverkehr und private Kundeneinlagen abzusichern, die Finanzstabilität zu gewährleisten, das Erpressungspotenzial der Banken zu verringern und eine Trennung von Staats- und Bankenrisiken zu vollziehen. Sowohl Steuerzahler als auch private Kundeneinlagen sollen vor den Risiken einer Bankeninsolvenz geschützt werden. Peer Steinbrück macht klar: „Wir brauchen endlich einen Schutz der öffentlichen Haushalte vor den Gefahren der Finanzmärkte.“ ■

NPD-Verbot: SPD-Fraktion macht Druck

Mitte Dezember 2012 hat der Bundesrat einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht beschlossen.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass sich auch Bundestag und Bundesregierung an dem Verbotverfahren beteiligen. „Der Bundestag sollte genauso geschlossen wie der Bundesrat gegen die NPD vorgehen und einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen“, sagt der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Thomas Oppermann. Mit einem Antrag für ein NPD-Verbot machen die Sozialdemokraten deshalb jetzt im Bundestag Druck. Die Regierungskoalitionen haben der Aufforderung der SPD-Fraktion, sich gemeinsam

auf ein Vorgehen zu einigen, eine Absage erteilt. Dort wartet man noch auf eine Entscheidung des Bundesinnenministers und der Kanzlerin. Zuletzt hatte sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gegen einen Verbotsantrag der Bundesregierung ausgesprochen. Über dieses Zögern kann Thomas Oppermann nur mit dem Kopf schütteln. Es sei unerträglich, dass die Bundesregierung noch nicht einmal Zuständigkeiten und Verfahren für das NPD-Verbot geklärt habe. Davon unabhängig müsse sich der Bundestag eine eigene Meinung bilden. „Die SPD wird auf eine Debatte zum NPD-Verbot im Bundestag bestehen. Spätestens dann wird auch die Bundesregierung die nächsten Schritte darlegen müssen.“

Der Antrag der SPD-Fraktion sieht vor, dass dem Bundestag der Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Prüfung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens sowie die Materialsammlung des Verfassungsschutzes vorgelegt werden. Der Innenausschuss soll nach Prüfung der Papiere eine Empfehlung für oder gegen einen Verbotsantrag aussprechen. Für Thomas Oppermann steht fest: Mit einem NPD-Verbot wäre viel gewonnen. Damit zerschlage man eine Organisation, die – mit Steuermitteln finanziert – gegen wehrlose Menschen in Deutschland gewalttätig vorgehe. „Unsere Demokratie mag stark genug sein, eine verfassungswidrige NPD auszuhalten. Ihre Opfer sind es nicht.“ ■

SPD-Mietkonzept: Wohnungen müssen bezahlbar bleiben!

Die Sozialdemokraten machen konkrete Vorschläge, um die Mietpreisspirale am Wohnungsmarkt zu stoppen.

Wohnen in Deutschland wird immer teurer. Vor allem in den Ballungszentren steigen die Mieten, bezahlbare Wohnungen werden knapp. Während die Bundesregierung nichts tut, wollen die Sozialdemokraten die Mieter vor steigenden Preisen schützen.

In einem gemeinsamen Positionspapier haben Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Stephan Weil Thesen und Maßnahmen formuliert, die den Anstieg der Mietpreise begrenzen sollen und Investitionen in Wohnungsbau und energetische Sanierung voranbringen werden.

„Junge Familien finden vor allem in Großstädten kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Das wollen wir ändern“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Der SPD gehe es vor allem darum, die von Schwarz-Gelb verschobene Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit wieder herzustellen. „Die Bundesregierung verschärft mit ihrem skandalös schlechten Mietrechtsänderungsgesetz die Lage. Damit sind Mietsteigerungen gang und gäbe,“ sagt Peer Steinbrück. Das Problem betreffe nicht nur Neu-, sondern auch Altmietler. Das Konzept der Sozialdemokraten sieht daher eine Mietpreisbegrenzung



Vor allem in Großstädten werden bezahlbare Wohnungen knapp.

nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neukunden vor. „Bei Neuvermietungen darf die Miete um nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen“, heißt es in dem Papier. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden.

Makler: Wer bestellt, der zahlt

Daneben wollen die Sozialdemokraten den sozialen Wohnungsbau konsequent fördern und die Maklergebühren neu regeln. Bisher werden Makler meist vom Vermieter bestellt, die Kosten aber müs-

sen zum Schluss die Mieter tragen. Künftig soll hier gelten: Wer bestellt, der zahlt. Die SPD lege Antworten vor, wie man der Dramatik am Wohnungsmarkt entgegenreten könne, sagt Peer Steinbrück. Rückenwind bekommen die Sozialdemokraten vom Deutschen Mieterbund, dessen Direktor Lukas Siebenkotten die Vorschläge begrüßt. Die SPD-Vorschläge seien gut und richtig. „Sie greifen die heute tatsächlich existierenden Probleme auf den Wohnungsmärkten auf und bieten konkrete Lösungen, vor allem bei der Begrenzung der Neuvertragsmieten.“ ■

Schärfere Regeln für mehr Steuergerechtigkeit

Geschätzte 150 Milliarden Euro verliert Deutschland jedes Jahr an Steuereinnahmen, weil sich einige Wenige vor ihrer Steuerpflicht drücken und ihr Geld ins Ausland schaffen.

Das entspricht 16 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Steuergerechtigkeit aber heißt, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Steuerehrlichkeit stellt sicher, dass dieses Prinzip für alle gilt. Derzeit müssen sich die Ehrlichen aber wie die Dummen vorkommen. Denn sie sind es, die mit ihren Steuern die öffentlichen Leistungen wie Bildung, Infrastruktur oder die sozialen Sicherungssysteme finanzieren, von denen alle profitieren.

Unter Federführung von Peer Steinbrück haben die Sozialdemokraten

jetzt einen klaren Fahrplan für mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland und Europa vorgelegt. Die Vorschläge sehen eine bundesweite Steuerfahndung und einen einheitlichen Steuervollzug in den Ländern vor. Zudem droht Banken, die nicht mit den Finanzämtern kooperieren und Steuerbetrug dulden oder sogar unterstützen, der Lizenzentzug. „Es geht darum, Steuerehrlichkeit zu schaffen“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

Schwarz-Gelb tut nichts

Das ist umso nötiger, da die Regierung Merkel bisher keinerlei Maßnahmen im Kampf gegen Steuerkriminalität ergriffen hat. Im Gegenteil: Durch ein Steuerabkommen mit der Schweiz wollte Schwarz-Gelb den Steuerflüchtlingen sogar einen Persilschein ausstel-

len. Das Abkommen hätte es ermöglicht, dass deutsche Steuerhinterzieher ihr Schwarzgeld in der Schweiz günstig und anonym legalisieren können.

„Es war kein Beitrag zur Herstellung von Steuergerechtigkeit, sondern die schlechte Grundlage einer Teilamnestie für Steuersünder“, erklärt Frank-Walter Steinmeier. Deshalb haben SPD und Grüne das Abkommen erfolgreich im Bundesrat blockiert.

SPD-Fraktionsvize Joachim Poß stellt klar: „Nach dem Scheitern des völlig verkorksten Steuerabkommens der Bundesregierung mit der Schweiz muss der Druck auf die Schweiz und andere Staaten hoch gehalten werden, massive Steuerhinterziehung und Steuerkriminalität nicht mehr zuzulassen.“ ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser, mit dem sozialdemokratischen Wahlerfolg in Niedersachsen haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu Gunsten von Rot-Grün verschoben. Das ist gut, denn damit eröffnen sich neue Gestaltungsspielräume, die wir verantwortungsbewusst nutzen werden, um wieder Bewegung in die politische Landschaft zu bringen. Wir können nicht zulassen, dass bis zur Bundestagswahl im September weiter Stillstand herrscht, so wie es Schwarz-Gelb seit zwei Jahren zelebriert. Die Bundeskanzlerin zieht die europäische Krise wie einen Vorhang über die gesamte Innenpolitik und versteckt dahinter den Dauerstreit und die Ideenlosigkeit in ihrem Kabinett. Die SPD wird die nächsten Wochen nutzen, um über den Bundesrat zunächst zwei Initiativen zu starten. Zum Einen werden wir alles daran setzen, das unsinnige Betreuungsgeld zu verhindern. Es ist und bleibt eine bildungspolitische Katastrophe und es benachteiligt genau die Kinder, die am dringendsten frühkindliche Förderung benötigen würden. Zum Anderen werden wir mit unseren rot-grün-geführten Landesregierungen schon kurzfristig einen Gesetzesentwurf in den Bundesrat einbringen, der endlich den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn regelt. Die Menschen warten darauf. Ich bin gespannt, ob im Bundestag die Regierungsmehrheit von Union und FDP in der Lage ist, eine solche Initiative nieder zu stimmen. Die SPD wird in den nächsten Monaten sehr deutlich machen, wofür sie steht: für die Überwindung der sozialen Spaltung, für bezahlbare Mieten in Ballungsräumen, für eine Solidarrente und für die stärkere Besteuerung von Spitzenverdienern. Dafür treten wir ein. Denn wir wollen mehr Gerechtigkeit in diesem Land. ■



Warnt vor einem Klima des ständigen Misstrauens in den Betrieben: die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht.

»Eine Entwicklung hin zu einem total überwachten Arbeitsleben«

Die Bundesregierung erntet von allen Seiten Kritik für ihren Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht erklärt im Interview, warum das Gesetz ein großer Rückschritt wäre.

Lange ist nichts passiert, dann hat die Bundesregierung doch noch einen neuen Entwurf für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz vorgelegt. Anlass waren nicht zuletzt Datenschutzskandale wie der beim Discounter Lidl, bei dem Angestellte heimlich gefilmt worden sind. Das soll jetzt ausdrücklich verboten werden, warum ist das kein Fortschritt?

Die heimliche Videoüberwachung ist grundsätzlich durch die Arbeitsgerichte verboten. Echter Fortschritt wäre gewesen, wenn die Regierung etwa für den Verstoß gegen das Verbot harte Strafen vorgesehen hätte. Hat sie aber nicht. Sie macht sogar einen Rück-

schritt, weil sie die offene Videoüberwachung weit über das heute zulässige Maß hinaus erweitert.

Was ist so schlimm an einer offenen Videoüberwachung?

Die Regierung täuscht vor, die Videoüberwachung werde jetzt transparent und eingegrenzt. In Wahrheit müssen Kameras nicht offen angebracht sein und der Arbeitgeber braucht bloß auf die Videoüberwachung an sich hinzuweisen. Dadurch kann der Arbeitgeber ohne konkreten Verdacht oder Anlass nahezu den gesamten Betrieb – außer auf der Toilette – permanent per Video überwachen. Diese Regierungsinitiative begünstigt die Entwicklung hin zu

Internet zugänglich sind. Ist das nicht längst gängige Praxis?

CDU/CSU und FDP würden eine Praxis festschreiben, die zwar gängig ist, die Beschäftigte und Jobanwärter aber schutzlos stellt. Als allgemein zugänglich im Internet gelten auch die für alle Mitglieder offenen Bereiche sozialer

„Die Regierung will das erlauben, was bei Telekom und Bahn zum Skandal geführt hat“

Netzwerke. Anbieter von sozialen Netzwerken wie etwa Facebook haben es mit in der Hand, das Öffentlichmachen von privaten Daten zu steuern. Darüber hinaus können es auch Dritte sein – beispielsweise Freunde von Freunden –, die die Daten ohne Kenntnis des Betroffenen öffentlich machen.

Bewerber müssen nach dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung erteilen, damit der Arbeitgeber Informationen über Dritte einholen kann. Wie beurteilst Du diese Regelung?

Sie ist praktisch nutzlos. Ein Bewerber wird sich in der Regel zur Einwilligung genötigt fühlen, weil ihm sonst unterstellt wird, er hätte etwas zu verbergen.

Wenn der Entwurf nicht zu einem besseren Arbeitnehmerdatenschutz beiträgt, wem nutzt er dann?

Profiteure sind die Arbeitgeber. Für sie will die Regierung im Endeffekt genau das erlauben, was bei Telekom und Bahn zum Skandal geführt hat. Aber Dauer-Beobachtung und Permanent-Kontrolle dürfen kein Ersatz für verantwortungsvolle Personalführung und gute Arbeitsbedingungen sein.

Die Bundesregierung hat die Abstimmung über den Entwurf im Bundestag jetzt erstmal vertagt, wie geht es weiter?

Der scharfe Gegenwind vor allem von Gewerkschaften und der SPD-Bundestagsfraktion hat bereits gewirkt. Das Thema wurde erstmal vertagt. Das heißt aber nicht, dass der Vorschlag wirklich in der Tonne gelandet ist. Jetzt erwarte ich, dass die schwarz-gelbe Koalition ihren Entwurf fallen lässt. Bleiben die Christlich-Liberalen uneinsichtig, werden wir alles daran setzen, dass der Bundesrat die Bremse zieht. ■

„Heimliche Videoüberwachung ist durch Gerichte grundsätzlich verboten“

einem total überwachten Arbeitsleben, das von einem Klima ständigen Misstrauens beherrscht wird.

Geht es nach der Bundesregierung, sollen Arbeitgeber das Recht bekommen, auf alle Daten eines Arbeitnehmers oder Bewerbers zugreifen zu können, die öffentlich im

Ein Gesetz für Arbeitgeber

Der schwarz-gelbe Entwurf für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz ist eine Mogelpackung. Warum die SPD-Fraktion den Entwurf ablehnt.

Offene Videoüberwachung

Union und FDP wollen Unternehmen die offene Videoüberwachung erlauben. Beschäftigte dürften dann zur Qualitätskontrolle, zur Wahrnehmung des Hausrechts, zur Zutrittskontrolle, zur Sicherheit der Beschäftigten, zum Schutz von Eigentum, zur Sicherung von Anlagen und zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Betriebes überwacht werden. Nur in überwiegend privat genutzten Räumen wie Toiletten oder Umkleieräumen soll Videoüberwachung verboten sein. Dabei heißt „offen“ lediglich: Der Arbeitgeber muss die Beschäftigten nur darüber informieren, dass Kameras angebracht sind – nicht aber, wo sie sich befinden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert das Verbot der Videoüberwachung zur Qualitätskontrolle. Auch der Schutz des Eigentums geht als Begründung zu weit. Ebenso sollen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern Zeit, Ort und Zweck der Überwachung mitteilen.

Datenerhebung im Internet

Daten, die im Internet öffentlich zugänglich sind, sollen ohne Mitwirkung oder Zustimmung der Betroffenen durch Arbeitgeber erhoben werden können. Darunter fallen auch die offenen Bereiche der sozialen Netzwerke wie Facebook oder Twitter. Die SPD-Fraktion lehnt eine generelle Datenerhebung insbesondere der im Internet verfügbaren Daten ab. Denn die Öffentlichkeitseinstellungen der

sozialen Netzwerke ändern sich häufig. Zudem können Daten ohne Wissen der Betroffenen durch Dritte öffentlich gemacht werden.

Daten-Screening

Unternehmen dürften nach dem Entwurf den Mail- und Internetverkehr ihrer Mitarbeiter durchleuchten – ohne konkreten Verdacht, zur Vorbeugung von Straftaten und zur Einhaltung von Unternehmensrichtlinien. Die SPD-Fraktion will einen Datenabgleich nur dann zulassen, wenn konkrete Hinweise auf Straftaten, vor allem aus dem Bereich der Korruption, vorliegen.

Fragerecht bei Bewerbern

Der Gesetzentwurf lässt offen, ob Arbeitgeber bei Vorstellungsgesprächen Fragen nach Schwangerschaft oder Behinderung stellen dürfen oder nicht. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs sind diese Fragen jedoch gar nicht zulässig.

Callcenter-Regelung

Beschäftigte in Callcentern könnten nach dem schwarz-gelben Gesetzentwurf weiter einer Dauerüberwachung ausgesetzt werden. Vor allem für die Verhaltens- und Leistungskontrolle soll es dafür keine zeitliche Begrenzung geben. Eine ständige Überwachung bedeutet einen permanenten psychischen Druck auf die Beschäftigten.

Deshalb ist sie nach aktueller Rechtsprechung nicht zulässig und auch verfassungswidrig. Eine Verhaltenskontrolle will die SPD-Bundestagsfraktion nur dann zulassen, wenn es konkrete Anhaltspunkte für Fehlverhalten gibt, die auch dokumentiert sind.

Verarbeitung und Nutzung von Daten der Beschäftigten

Die Bundesregierung will zulassen, dass Daten von Beschäftigten ohne Mitteilung an die Beschäftigten oder den Betriebsrat an Dritte übermittelt werden dürfen. Bei Datenmissbrauch durch Dritte könnte der Arbeitgeber nicht haftbar gemacht werden. Das ist mit der SPD-Fraktion nicht zu machen.

Datenerhebung von Beschäftigten

Wenn ein Mitarbeiter innerhalb des Unternehmens wechselt, sollen ärztliche Untersuchungen erlaubt werden. Und zwar ohne, dass es dafür einen sachlichen Rechtfertigungsgrund gibt. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt diese Regelung ab.

Ortungssystem (GPS)

Hierzu fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass klargestellt wird, dass Daten aus Ortungssystemen nicht zur Verhaltens- und Leistungskontrolle genutzt werden dürfen. Diese Einschränkung fehlt im Gesetzentwurf der Regierung. Doch gerade hier ergeben sich Spielräume für den Missbrauch. ■

Aus der Fraktion

„Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist ein Arbeitnehmerüberwachungsgesetz, kein Arbeitnehmerdatenschutz! Die SPD fordert klare Regeln gegen Überwachung, für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.“

Josip Juratovic, MdB

„Der Gesetzentwurf regelt leider keinen Datenschutz, sondern höhlt ihn aus. Diese Klientelregie- rung fördert mit ihrem Entwurf die Beschäftigtenüberwachung und setzt Angestellte den Bespitzelungsversuchen ihrer Arbeitgeber hilflos aus. Das ist untragbar und wird von uns abgelehnt.“

Angelika Krüger-Leißner, MdB

„Der Begriff Datenschutz ist völlig fehlplatziert, denn es geht genau nicht um den Schutz von Daten, sondern um deren weitgehende Freigabe. Die Regierung geht offenbar davon aus, dass Beschäftigte ihre Persönlichkeitsrechte an der Stechuhr abgeben.“

Anette Kramme, MdB

„Die geplanten Regelungen greifen massiv in die Arbeitnehmerrechte ein und machen die Dauerüberwachung am Arbeitsplatz möglich. Die Bespitzelungsskandale der letzten Jahre würden legalisiert statt zukünftig verhindert. Mit Arbeitnehmerdatenschutz hat diese Mogelpackung nichts zu tun. Der Gesetzentwurf ist schwarz-gelbe Klientelpolitik auf Kosten der über 40 Millionen Beschäftigten und gehört in die Tonne!“

Gabriele Hiller-Ohm, MdB

„Schwarz-Gelb geht es nicht um die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten, sondern um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber. Es ist blanker Hohn, wenn mit einem Verbot der heimlichen Videoüberwachung geprotzt wird, Verstöße jedoch nicht bestraft werden und die ‚illegalen‘ Aufnahmen obendrein noch gegen die Arbeitnehmer verwendet werden können.“

Katja Mast, MdB

nachgefragt



Lothar Schröder, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes, erklärt, warum der schwarz-gelbe Gesetzentwurf vom Tisch muss.

Im Jahre 2007 war ich selbst Opfer des Bespitzelungsskandals bei der Deutschen Telekom. Damals teilten Vertreter der Regierungskoalition

meine Empörung über die Verletzung von Persönlichkeitsrechten. Jetzt haben sie einen Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt, der das, was sie bisher entrüstet hat, legalisieren würde. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Die Telekom hat aus den Fehlern gelernt. Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten ist ihr heute wichtiger denn je – der Regierungskoalition offensichtlich nicht.

Anders ist nicht zu erklären, dass Arbeitgeber zu Hilfssheriffs und Arbeitnehmer zu Freiwild werden sollen. Das vorliegende Gesetz ermutigt geradezu, den Überwachungsdruck auf abhängig Beschäftigte zu erhöhen und in bisher nicht erlaubtem und nicht zu rechtfertigendem Maß Arbeitnehmer zu bespitzeln. Dauer-

überwachungen in Callcentern, Datenerhebungen in sozialen Netzwerken, Screenings von Betriebsdaten, um vermeintliche Pflichtverletzungen aufzudecken – die Möglichkeiten wären weit gestreut. Es soll keine erweiterten Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und Datenschutzbeauftragte geben, keinen Immunitätsschutz, dafür Konzernprivilegien der Datenweitergabe und die Möglichkeit, bei Arbeitsplatzwechseln im Betrieb ärztliche Untersuchungen anzuordnen. Die Sensibilität für den Arbeitnehmerdatenschutz ist in vielen deutschen Betrieben höher als beim Gesetzgeber. Dieser Gesetzentwurf muss vom Tisch ohne Wenn und Aber. Kein Gesetz wäre besser als dieses Gesetz. ■

Meldungen

Rat für Fachkräftesicherung

„Die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich weiter verschärft. Bereits heute gibt es in bestimmten Regionen und Berufen einen Mangel an Fachkräften,“ sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Nach einer aktuellen Umfrage mussten in den vergangenen zwei Jahren 20 Prozent der kleinen, mittelständischen und großen deutschen IT-Unternehmen schon einmal Aufträge ablehnen, weil ihnen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlten. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Einrichtung eines Rats für Fachkräftesicherung. Die vorhandenen Potenziale für Arbeitskräfte müssten in Zukunft besser ausgeschöpft werden, sagt Heil. Dies sei Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und die Zukunft unseres Landes. „Die Sicherung des Fachkräftebedarfs sollte Chefsache werden. Deshalb fordern wir einen Deutschen Rat für Fachkräftesicherung, der beim Bundeskanzleramt angesiedelt ist.“ ■

Altmaiers Schnellschüsse

Bundesumweltminister Altmaier will plötzlich gegen zu hohe Strompreise vorgehen. Das Problem: Er hat seine Vorschläge nicht mit seinem Kabinettskollegen Philipp Rösler abgestimmt. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber findet es erstaunlich, „dass Herr Altmaier erst jetzt bemerkt, dass die steigenden Strompreise zum sozialen und wirtschaftlichen Risiko in Deutschland geworden sind.“ Denn er selbst trage zusammen mit Philipp Rösler die politische Verantwortung für diese Entwicklung. Kelber stellt klar: „Die Maßnahmen, die er jetzt vorschlägt, sind Schnellschüsse, die am Kern des Problems vorbeigehen.“ Notwendig wären Vorschläge, die den Ausbau der Netze beschleunigen und deren Verzahnung mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherstellen. „Offensichtlich geht es Herrn Altmaier lediglich darum, den Anschein von Handlungsfähigkeit zu erwecken.“ ■

Röslers Logik: Wachstum sinkt, Zuversicht steigt

Die Bundesregierung korrigiert ihre Wachstumsprognose deutlich nach unten und redet sich die wirtschaftliche Entwicklung schön.

Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für 2013 um mehr als die Hälfte nach unten korrigiert. Statt mit 1,0 Prozent Wachstum rechnet sie nur noch mit 0,4 Prozent.

Für SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil ein deutliches Zeichen dafür, dass die Krise in der Eurozone nun auch in Deutschland angekommen ist. „Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt, die Konjunktur trübt sich massiv ein.“

Die Bundesregierung selbst sieht darin allerdings keinen Anlass zur Sorge, im Gegenteil: Den Optimismus lässt sich Schwarz-Gelb nicht so schnell verderben. „Deutschland hält Wachstumskurs“ – so das offizielle Fazit zum Jahreswirtschaftsbericht. Auch Wirtschaftsminister Philipp Rösler spricht von einem „absolut positiven Ausblick“ und hat „allen Grund zur Zuversicht“. „Beschönigend, widersprüchlich und lückenhaft“ nennt dagegen der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Wolfgang Tiefensee die Aussagen Röslers. Sie belegten, dass die Bundesregierung wieder einmal abwarte, statt zu handeln.

Klar ist: Die Rezession im Euroraum zieht Deutschland runter. Der deutsche Asien- und USA-Export ist noch im Plus. Die Wirtschaft aber ist verunsichert, die Manager sind pessimistisch und die Betriebe halten ihr Geld zurück. Eine Modernisierung der Arbeitsplätze



Die Krise in der Eurozone macht sich auch in Deutschland bemerkbar.

findet nicht statt, mit allen Risiken, die das für die kommenden Jahre in einem scharfen internationalen Wettbewerb bedeutet.

Gegenmaßnahmen: keine

Besonders beim Thema Energie werde die Planlosigkeit dieser Bundesregierung deutlich, sagt Wolfgang Tiefensee. Hier setzte sie die Versorgungssicherheit aufs Spiel und treibe die Energiepreise für Private und Unternehmen in die Höhe. „Die Bundesregierung hat kein Konzept, übernimmt keine Koordination, fördert nicht die Kooperation. So wird die Energiewende nicht gelingen.“

Hinzu kommt, dass die Weltbank laut ihrem aktuellem Wirtschaftsausblick erst für die Zeit ab 2014 wieder mit einem positiven Wachstum in der Euro-Zone rechnet. Maßnahmen der Bundesregierung, um die Risiken abzufedern: keine. Die Regierung Merkel verweigere sich weiterhin der wirtschaftlichen Realität in Deutschland und Europa betont Hubertus Heil. Deutschland aber brauche auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen Politikwechsel. „Wir brauchen faire Löhne, um der sozialen Spaltung in Deutschland entgegenzuwirken und die Kaufkraft zu stärken. Unser Land braucht mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.“ ■

Kurzarbeitergeld beugt Arbeitslosigkeit vor

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung schwankt zwischen Optimismus und Euphemismus. Dabei beruht die Prognose auf der Annahme, dass es keine weitere negative Entwicklung in der Schuldenkrise gibt.

Aber auch wenn Deutschland besser da steht als viele seiner Nachbarn, wird sich eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung früher oder später auf den Arbeitsmarkt auswirken, wenn keine Vorsorge getroffen wird.

Als eine wichtige Maßnahme gegen drohende Arbeitslosigkeit hat sich bereits in der vergangenen Krise das konjunkturelle Kurzarbeitergeld erwiesen. Arbeitnehmer konnten ihre Arbeit behalten, Arbeitgeber nach der Krise un-

mittelbar wieder durchstarten, ohne Personal suchen zu müssen. Die Bundesregierung hat die Regelung jedoch Ende 2011 auslaufen lassen.

Jeder Arbeitsplatz zählt

„Die Kurzarbeit hat sich bewährt und dafür gesorgt, dass Deutschland besser als seine Nachbarn durch die Krise kam“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. In einem Gesetzentwurf fordert die SPD-Fraktion deshalb, die Kurzarbeit als dauerhafte Regelung einzuführen. Sie soll kurzfristig per Rechtsverordnung in Kraft gesetzt werden können. Das Kurzarbeitergeld kann bis zu 12 Monate von der Agentur für Arbeit geleistet werden. Es

sei weiterhin notwendig, von der Wirtschaftskrise bedrohte Unternehmen und deren Belegschaften zu unterstützen und das dafür notwendige Instrumentarium vorzuhalten, heißt es in dem Antrag. Jeder Arbeitsplatz, der erhalten und jedes Unternehmen, dessen Bestand gesichert werden kann, zähle. „Wir schaffen damit keinen einzigen neuen Kurzarbeiter“, stellt Anette Kramme klar. „Wir wollen lediglich die Bedingungen dafür schaffen, dass im Krisenfall die Kurzarbeit schnell und unbürokratisch eingesetzt werden kann, ohne dass noch langwierige Gesetzesänderungen nötig sind.“ Dies sei keine Spiegelfechterei, sondern dringend geboten. Für sie ist deshalb klar: „Wer klug ist, sorgt vor.“ ■

Meldungen

Politik von gestern

Die schwarz-gelbe Koalition hat es erneut versäumt, endlich ihre Vereinbarung im Koalitionsvertrag zur steuerlichen Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beim Ehegattensplitting umzusetzen.

Die FDP-Abgeordneten fallen hinter ihr eigenes Wahlprogramm zurück, in dem sie die völlige Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften versprochen hatten. Und auch viele Unionsabgeordnete handeln damit gegen ihre eigene Überzeugung. SPD und Grüne hatten im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat einen Kompromiss erreicht, der homosexuelle Lebenspartnerschaften mit heterosexuellen Ehepaaren gleichgestellt hätte. Doch diese Empfehlung ignoriert Schwarz-Gelb. Im Laufe dieses Jahres wird das Bundesverfassungsgericht über die steuerliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften entscheiden. Es ist davon auszugehen, dass das Gericht erneut zu Gunsten der Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen entscheiden wird. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin für die steuerliche Gleichstellung, die Öffnung der Ehe und das Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren einsetzen. ■

SPD-Fraktion sucht den Dialog: Vor Ort und im Netz

Die SPD-Fraktion setzt ihren Zukunftsdialog fort – mit Veranstaltungen in den Bundesländern und einer Beteiligungsplattform im Internet.

Mit ihrem Projekt Zukunft sind die Sozialdemokraten in den Jahren 2011 und 2012 der Frage nachgegangen, „wie wir im Jahr 2020 leben wollen“. Dabei haben sie im Dialog mit Verbänden, Gewerkschaften und Bürgern tief in die Gesellschaft hineingehört. Herausgekommen ist das Programm „Deutschland 2020“, mit dem die SPD-Fraktion Konzepte für eine moderne Gesellschaftspolitik vorgelegt hat. Politik in der Demokratie aber bedeutet fortwährenden Dialog. Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion ihren Zukunftsdialog auch im Jahr 2013 auf unterschiedliche Weise fortsetzen. Gemeinsam mit den SPD-Frakturen in den Bundesländern wird es in den nächsten Monaten Zukunftsforen zu verschiedenen Themen geben. Hier diskutieren SPD-Fachpolitiker aus Bund und Ländern mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und der Öffentlichkeit. Den Anfang machen das „Zukunftsforum Industrie“ am 15.02.2013 in Stuttgart, das „Zukunftsforum Kreativpakt“ am 04.03. in München und das „Zukunftsforum Demografischer Wandel“ am 16.03. in Bremen. Im Laufe des Jahres



SPD-Fraktion fragt mit ihrem Zukunftsdialog nach der Gesellschaft von morgen.

werden weitere Zukunftsforen in den Bundesländern folgen.

Bürgerbeteiligung online

Aber damit nicht genug: Auch online setzt die SPD-Fraktion auf neue Wege der Bürgerbeteiligung und möchte gemeinsam mit den Bürgern zukunftsfähige politische Konzepte erarbeiten. Auf der Beteiligungsplattform debatten.spdfraktion.de können sich Inter-

essierte ab sofort wieder mit Ihren Ideen daran beteiligen. In der ersten Debattenphase geht es um Vorschläge für eine moderne Geschlechter- und Gleichstellungspolitik. Gemeinsam soll daraus eine schlüssige Politik erarbeitet werden, die endlich Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen herstellt und es ermöglicht, zwischen verschiedenen Lebensmodellen frei zu wählen. ■

50 Jahre deutsch-französische Freundschaft



Zum fünfzigjährigen Jubiläum des Elysée-Vertrags kamen die Abgeordneten der Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestages zu einer Sondersitzung zusammen. Frank-Walter Steinmeier nannte die Zusammenkunft ein „Fest der Freundschaft“. Er erinnerte an 150 Jahre, in denen französische und deutsche Genossinnen und Genossen vertrauensvoll miteinander arbeiten. Das Bild zeigt Steinmeier mit Bruno le Roux, dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialisten in der französischen Nationalversammlung.

Dank SPD und PS: Die Finanztransaktionssteuer kommt!

Der Rat der Europäischen Finanzminister hat dem Plan von elf Mitgliedstaaten zugestimmt, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Die Initiative der SPD-Fraktion wird damit bis 2014 umgesetzt. Elf Mitgliedsländer werden im kommenden Jahr eine Finanztransaktionssteuer umsetzen. Diesem Vorhaben stimmten nun auch die restlichen Finanzminister der EU zu, womit einer inhaltlichen Ausarbeitung nichts mehr im Weg steht. Neben Deutschland und Frankreich planen auch Belgien, Österreich, Portugal, Slowenien, Griechenland, Italien, Spanien, Slowakei und Estland die Einführung der Abgabe. Als mögliches zwölftes Land sind die Niederlande im Gespräch.

In einer gemeinsamen Erklärung lobten der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Parti Socialiste Pierre-

Alain Mulet und Carsten Sieling, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion, die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Parteien. Gemeinsam habe man die Abgabe durch eine länderübergreifende Initiative auf den Weg gebracht. Jetzt müsse aber der Fokus zusammen mit der Kommission auf den genauen Inhalt gelegt werden. Man nehme dabei die französische Regierung und die Bundesregierung in die Pflicht. „Es ist vor allem eine Frage des politischen Willens, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der Finanztransaktionssteuer bereits Ende des Jahres 2013 geschaffen sind“, so Mulet und Sieling in ihrer Erklärung. In den kommenden Verhandlungen wird über die zu steuernden Transaktionen und die Verwendung entschieden. Eine Umsetzung der Finanztransaktionssteuer wird für 2014 erwartet. ■

Vorgestellt



Dr. Rolf Mützenich

„Abrüstung und Friedenssicherung“ – das sind die Themen, die Rolf Mützenich als Schwerpunkte seiner Arbeit bezeichnet. Als außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses möchte er die erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik der SPD fortsetzen: „Von Willy Brandts Entspannungspolitik bis hin zu Gerhard Schröders Nein zum Irakkrieg. Diese Politik hat Deutschlands Ansehen in der Welt vermehrt. Darauf können wir stolz sein,“ sagt Mützenich. Der promovierte Politologe ist seit 2002 stets als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Köln III in den Bundestag eingezogen. ■



Dr. Eva Högl

„Europa ist ein Modell für die ganze Welt – das zeigt sich auch und gerade in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise“, sagt Eva Högl. An ihrer Vorstellung eines sozialen Europas kann sie als Mitglied des Europaausschuss im Bundestag intensiv mitarbeiten. Ein besonderes Anliegen ist es ihr, die Vorzüge der EU in ihrem Wahlkreis Berlin-Mitte erfahrbar zu machen. „Gerade in unserem Bezirk profitieren wir von zahlreichen Projekten, in Verkehr, Bildung oder Kultur, die von der Europäischen Union gefördert werden.“ Für die SPD-Fraktion ist die promovierte Juristin zudem als Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss tätig und ist Sprecherin der dazugehörigen Arbeitsgruppe. ■

Neues Kindergeld bringt mehr Gerechtigkeit

Ein neues Kindergeld soll für eine gerechtere Verteilung sorgen.

// Die Sozialdemokraten haben ein neues Konzept für das Kindergeld vorgelegt. Profitieren sollen vor allem Familien mit geringem Einkommen. //

Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand ein Konzept für ein neues Kindergeld beschlossen. Aktuell bekommen Eltern mit hohem Einkommen wegen der kinderbezogenen Steuerfreibeträge mehr Geld als Eltern mit einem normalen oder geringen Einkommen durch das Kindergeld erhalten. Spitzenverdiener werden durch die Steuerfreibeträge um 100 Euro pro Monat mehr entlastet, als durch das Kindergeld von 184 Euro für das erste und zweite Kind. Das findet nicht nur die Bevölkerung mehrheitlich ungerecht. Auch Gewerkschaften und Verbände üben daran Kritik.

Mehr Kindergeld bei niedrigem Einkommen

„Wir machen Schluss mit der Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen und unterstützen dafür stärker all die Familien, die mit geringen Einkommen auskommen müssen“, erklärt SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler das neue Kindergeld der SPD.

Die SPD-Bundestagsfraktion will den Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung abschaffen. Dann bekommen auch Spitzenverdiener nicht mehr als das Kindergeld in Höhe von 184 Euro für das erste und zweite Kind. Das betrifft Familien mit zwei Kindern ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 70.000 Euro. Für das neue Kindergeld wollen die Sozialdemokraten den bestehenden Kinderzuschlag mit dem Kindergeld zu einer Leistung zusammenführen. Sie soll nach dem Einkommen gestaffelt werden, so dass Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen (bis 3000 Euro brutto) mehr Geld bekommen. Sie erhalten ein erhöhtes Kindergeld, das maximal 324 Euro pro Kind beträgt (für das erste und zweite Kind) oder sogar mehr bei allen weiteren Kindern. Zum Beispiel würden Eltern mit zwei Kindern, von denen ein Elternteil Vollzeit und der andere Teil halbtags arbeitet und die gemeinsam 2500 Euro brutto verdienen, 88 Euro mehr pro Monat



Mehr Geld für diejenigen, die es wirklich brauchen: das Kindergeld soll gerechter werden.

in der Tasche haben. Alle anderen Familien erhalten weiterhin das aktuelle Kindergeld in Höhe von 184 Euro für die ersten beiden Kinder, 190 Euro für das dritte und 215 für jedes weitere Kind.

Der schwarz-gelben Regierung wirft Dagmar Ziegler vor, Familien mit kleinem Einkommen nicht im Blick zu haben. Die Koalition habe nichts getan, um mit dieser zum Himmel schreienden Ungerechtigkeit Schluss zu machen. „Im Gegenteil, sie hat 2010 die kindbezogenen Freibeträge stärker erhöht, als verfassungsrechtlich geboten war, und hat damit verschuldet, dass die Schere zwischen Oben und Unten noch weiter auseinander klafft.“

Maßnahmenbündel für Familien

Für die meisten Familien werde sich durch das neue Kindergeld nichts ändern, betont Ziegler.

Insgesamt wollen SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand mit einem Bündel an Maßnahmen Familien stärken und dafür sorgen, dass sie ihren Unterhalt aus eigener Kraft bestreiten können. Dazu gehört neben

dem neuen Kindergeld und dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vor allem der Ausbau von Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Ausbauplan bis 2020 aufgestellt, dessen Ziel es ist, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote einzuführen. ■

Termine

14.02. Analphabetismus in Deutschland, Bonn

18.02. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten, Dortmund

19.02. Chancen und Risiken eines NPD-Verbotsverfahrens, Berlin

27.02. Was erwarten Frauen von der SPD-Bundestagsfraktion?, Berlin

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 30. Januar 2013

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte und Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800